

[Artikel drucken](#)   [Bilder ausblenden](#)



DIE WELT

19.04.2011 | Autor: Stefan von Borstel

## "Nicht auf dem Rücken der Kinder"

---

Ministerin von der Leyen zieht Konsequenz aus Anlaufschwierigkeiten: Die Antragsfrist für das Bildungspaket wird verlängert

Die Nachfrage nach den neuen Leistungen ist äußerst gering. Bislang stellten erst zwei Prozent der Berechtigten Anträge.

Ein runder Tisch soll nun über die Startprobleme beraten. Praktiker sind nicht überrascht: Viele Leistungen werden ohnehin schon bezahlt

Mit diesem Bildungspaket schreiben wir Sozialgeschichte, war sich Arbeitsministerin Ursula von der Leyen sicher (CDU), nachdem die Opposition schließlich ihren Widerstand im Bundesrat gegen die Hartz-IV-Reform aufgegeben hatte. "Etwas richtig Gutes" sei da entstanden, auf das sie stolz sei, lobte die Ministerin ihr Werk.

Nur bei den Betroffenen selbst, bei den Hartz-IV-Empfängern und Geringverdienern, ist das vermeintlich gute Werk bislang nicht richtig angekommen. Nur zwei Prozent aller Berechtigten haben bislang Anträge auf Leistungen aus dem Paket gestellt, ergaben erste Stichproben in Großstädten. In Berlin, der Hartz-IV-Hauptstadt, sind 200 000 Kinder anspruchsberechtigt. Doch die Zahl der Anträge liegt in den zwölf Jobcentern der Stadt gerade einmal bei ein paar Hundert - nur in einem wurde die 1000 erreicht.

Dabei drängt die Zeit: Nur wenn der Antrag bis zum Monatsende abgegeben wird, bekommen die Bezieher von Arbeitslosengeld II für ihre Kinder auch rückwirkend für die ersten drei Monate Geld. Flugs kündigte die Ministerin nun an, die Frist könne ja auch bis zum Sommer verlängert werden. "Das darf nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden", verkündete sie im ZDF-Morgenmagazin. "Hartz-IV ist richtig harte Knochenarbeit", meinte die Ministerin. Von den anspruchsberechtigten Eltern könne dennoch durchaus Eigeninitiative verlangt werden. Und wieder gibt es einen runden Tisch: Vertreter kommunaler Spitzenverbänden und der Länder sollen am Donnerstag in Berlin über die Anlaufschwierigkeiten beraten.

Die Umsetzung des zwischen Union und SPD lange umstrittenen Bildungspakets war am 1. April in den Städten und Landkreisen gestartet. Es sieht für die rund 2,5 Millionen Kinder aus Familien mit geringem Einkommen finanzielle Unterstützung vor, um die sozialen Chancen dieser Kinder zu verbessern. Nach dem Kompromiss von Bundesregierung und Bundesrat wird sie nicht nur den 1,71 Millionen Kinder aus Hartz-IV-Familien gewährt. Auch die Empfänger von Sozialhilfe, Kinderzuschlag und Wohngeld können für ihren Nachwuchs die Leistungen beanspruchen. Weil das Paket eigentlich zum 1. Januar starten sollte, können die Leistungen für das erste Quartal rückwirkend beantragt werden. Zuschüsse gibt es bei Bedarf für warmes Mittagessen in Schulen und im Hort, für Nachhilfe, Vereinsbeiträge, Musikunterricht, Ausflüge und für Fahrtkosten zu weiterführenden Schulen. Nachdem zunächst die Bundesagentur für Arbeit (BA) für die Umsetzung des Pakets zuständig sein sollte, einigten sich Regierung und Opposition in den zähen Verhandlungen, die Kommunen damit zu betrauen

vielen Städten stehen die Antragsunterlagen im Internet zum Download bereit. Außerdem werden zum Beispiel Informationsflyer an Schüler oder über Bürgerämter verteilt." Der Deutsche Städtetag habe aber frühzeitig darauf hingewiesen, dass die Städte fast keine Vorbereitungszeit hatten, bevor das Bildungspaket startete. "Die Kommunen wurden erst im Vermittlungsverfahren im Februar für die neue Aufgabe für zuständig erklärt", sagte Kuban. "Deshalb war mit Anlaufschwierigkeiten zu rechnen." Das Gesetz sei ja erst seit zwei Wochen in Kraft. "Wir sind zuversichtlich, dass das Bildungspaket zunehmend in Gang kommen wird." Erste Rückmeldungen zeigten, dass die Zahl der Anträge in mehreren Städten steige.

SPD und Grüne machten Ministerin Ursula von der Leyen für die Anlaufschwierigkeiten verantwortlich. Die Ressortchefin müsse die Konsequenzen ziehen und ihre "Hausaufgaben machen", forderte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles. Es reiche nicht aus, einen runden Tisch einzuberufen. Die Ministerin müsse jetzt das Bildungspaket überarbeiten, damit es allen betroffenen Kindern zugute komme. Auch die Grünen gaben von der Leyen die Schuld für die Anlaufschwierigkeiten. Die CDU-Politikerin habe die Probleme zu verantworten, weil sie zum Modell bürokratischer Einzelanträge zurückgekehrt sei, sagte Grünen-Chefin Claudia Roth. Viele Eltern wüssten auch schlicht nicht, dass ihre Kinder Anspruch auf Leistungen aus dem Paket hätten. Und wer Bescheid wisse, habe keine Ahnung, wo und wie die Anträge zu stellen seien. Roth forderte eine bessere Öffentlichkeitsarbeit für das Bildungspaket. SPD und Grüne unterstützten den Plan der Ministerin, die Frist für Anträge auf rückwirkende Leistungen deutlich zu verlängern.

Zustimmung zu der Fristverlängerung signalisiert auch der Koalitionspartner FDP. "Bildung darf keine Frage von Fristen und Formularen sein", sagte Fraktionschefin Birgit Homburger. Eltern, die im ersten Quartal für ihre Kinder Leistungen in Anspruch genommen hätten, welche im Bildungspaket vorgesehen seien, müssten diese auch nach dem 30. April noch abrechnen können. "Darum müssen wir Erwachsene uns kümmern. Denn Kinder führen keine Terminkalender", bekräftigte Homburger.

Gefordert wurde auch, die Eltern direkt anzuschreiben. Der Grünen-Sozialpolitiker Markus Kurth kritisierte, die Arbeitsministerin habe lieber Kekse verteilt und Werbefilmchen produzieren lassen, anstatt mühevoll Detailarbeit zu verrichten. Alle Leistungsberechtigten müssten persönlich angeschrieben und informiert werden.

Ähnlich äußerte sich die sozialpolitische Sprecherin der Links-Fraktion, Katja Kipping. Das Bildungspaket sei "trotz enormer Werbekosten" den Betroffenen offenbar weitgehend unbekannt, sagte sie der "Saarbrücker Zeitung". Die Kosten der Informationskampagne für das Bildungspaket habe das Ministerium auf 2,6 Millionen Euro für Broschüren, Anzeigen sowie Spots in Kinos und im Internet beziffert. Wenn es vorrangig um die Information der Betroffenen ginge, "wäre es zweckmäßiger, alle Leistungsberechtigten direkt anzuschreiben".

Ob das wirklich hilft, darf bezweifelt werden. Ein Beispiel aus der Praxis: Im Landkreis Oberhavel nördlich von Berlin sind 4969 Kinder von Arbeitslosengeld-II- Empfängern berechtigt - der Kreis schrieb alle Hartz-IV-Familien an. Doch der Rücklauf ist bescheiden: Gerade einmal 419 Anträge wurden bislang gestellt. "Nicht überraschend" findet das Michael Garske, Sozialdezernent des Landkreises. Für die Betroffenen sei das Paket zu kompliziert, kritisiert der Praktiker. Ein Viertel der 1,6 Milliarden Euro, die für das Bildungspaket vorgesehen